

Deutschland fällt im Standortwettbewerb zurück

Stand: 06:07 Uhr | Lesedauer: 3 Minuten



Von **Karsten Seibel**
Wirtschafts- und Finanzredakteur



Die neue Krypton-Xenon-Anlage von Linde im Chemiepark Leuna ist eine Ausnahme. Neben Energiekosten und Personalmangel dämpfen hohe Steuern die Bereitschaft für Neuinvestitionen

Quelle: [pa/APo/Sebastian Willnow](#)

In keiner anderen großen Volkswirtschaft Europas werden Betriebe so stark zur Kasse gebeten wie in Deutschland. Seit mehr als einem Jahrzehnt hat der Staat hierzulande keine Reform mehr angepackt. Anderswo entlasten Regierungen ihre Unternehmen. Das bleibt nicht ohne Folgen.

Deutschland gerät im internationalen Steuerwettbewerb zunehmend ins Abseits. In keiner anderen der großen Volkswirtschaften Europas werden Unternehmen durchschnittlich stärker belastet. Das zeigt eine weltweite Auswertung des Leibniz-Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), die WELT AM SONNTAG exklusiv vorliegt.

„Deutschland hat gegenüber Frankreich, Italien dem Vereinigten Königreich inzwischen Hochsteuerlandcharakter für Investitionen“, sagt Christoph Spengel, Steuerexperte des ZEW und Professor an der Universität Mannheim. Er führt dies in erster Linie auf den mangelnden Reformwillen in Deutschland zurück. Die letzte umfassende Unternehmensteuerreform ist 15 Jahre her.

Laut dem sogenannten Mannheim Tax Index, den das ZEW regelmäßig für die EU-Kommission erstellt, betrug die effektive Steuerbelastung für Unternehmen in Deutschland im vergangenen Jahr im Durchschnitt bei 28,8 Prozent. Der EU-Durchschnitt lag lediglich bei 18,8 Prozent. Seit der letzten Reform 2008 war der Abstand nie größer.

Frankreich hat Steuerlast deutlich reduziert

Andere Länder reduzierten in den zurückliegenden Jahren die Belastung für Unternehmen. Der französische Steuerstandort beispielsweise war lange Zeit unattraktiver als der deutsche, doch mit der Senkung des Körperschaftsteuersatzes drehte sich das Bild.

Die durchschnittliche effektive Belastung in Frankreich sank zwischen 2019 und 2022 von 33,5 Prozent auf 26 Prozent. Auch der Durchschnittssatz in den Vereinigten Staaten ist mit 27,5 Prozent niedriger. Vor Deutschland rangieren in der ZEW-Auswertung lediglich Japan (34,1 Prozent) und Spanien (29,0 Prozent).

Die Zahlen dürften die aktuelle Steuerrückbildung innerhalb der Bundesregierung befeuern. Bundesfinanzminister [Christian Lindner \(FDP\)](#) ([/politik/deutschland/article243954489/01af-Scholz-schlagt-sich-in-Haushaltsstreit-auf-Christian-Lindners-Seite.html](#)) lässt aktuell in seinem Ministerium ein „ambitioniertes Steuerprogramm“, wie er es nennt, entwickeln. Vorgesehen ist unter anderem eine Prämie für Unternehmer im Bereich Klimaschutz investieren. Umfang und Zeitplan der steuerlichen Entlastungen sind noch offen.

Die Wirtschaft drängt auf schnelle Entlastungen. „Die Industrie braucht Rückenwind durch eine Steuerpolitik, die den Standort Deutschland voranbringt“, sagt Tanja Gönner, Hauptgeschäftsführerin des [Bundesverbandes der Deutschen Industrie \(BDI\)](#) ([/themen/bdi/](#)). Schon jetzt würden Investitionsentscheidungen gegen Deutschland getroffen, nicht nur, aber auch aus steuerlichen Gründen. „Die Zeit drängt. Noch in diesem Jahr sollten konkrete Verbesserungen beschlossen werden“, sagt Gönner.

Wichtige Wettbewerber setzen deutliche Investitionsanreize. Sie verwies auf die Vereinigten Staaten mit dem [Inflation Reduction Act](#) ([/wirtschaft/article24363551/Inflation-Reduction-Act-Bidens-riskantes-Spiel-mit-den-Subventionen.html](#)), der verschiedene Steuererleichterungen vorsieht. „Deutschland hat keine Zeit zu verlieren, um Investitionen und Beschäftigung zu sichern“, sagt sie.

Als Zielgröße für die durchschnittliche Steuerbelastung der Unternehmen fordert Gönner 25 Prozent. „Damit wäre Deutschland international zumindest im Mittelfeld und nicht länger ein Höchststeuerland für Unternehmen“, sagt sie. Als ersten Schritt, um dieses Ziel perspektivisch zu erreichen, schlägt sie die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags vor.

Wie weitreichend die Entlastungen sein sollen, darüber herrscht innerhalb der Bundesregierung bislang [keine Einigkeit](#) ([/wirtschaft/article243668059/Lindner-will-Unternehmen-mit-Sonderprämien-locken.html](#)). „Auch wir wollen beim Thema Steuern durchaus etwas machen“, sagt Michael Schrodi, finanzpolitischer Sprecher der SPD. Zukunftsinvestitionen sollten attraktiver werden, wozu auch eine bessere Forschungsförderung gehört.

Darauf hätten sich die Vertreter der Ampel-Parteien bereits im Koalitionsvertrag verständigt. Schrodi schränkt aber ein. „Für eine allgemeine Steuersenkung ist die Zeit nicht die richtige“, sagt er. Zumal andere Punkte aus seiner Sicht wichtiger für die Standortattraktivität sind. Dazu gehörten eine bessere Infrastruktur, Fortschritte bei der Digitalisierung und ein ausreichendes Angebot an Fachkräften.

Der länderübergreifende Vergleich der effektiven Steuerlast ist kompliziert. Mit dem Mannheim Tax Index versuchen die Experten des ZEW ([/themen/zew/](#)) eine einheitliche Basis zu schaffen: In die Modellrechnungen fließt nicht nur der nominale Steuersatz auf Gewinne ein, auch Abschreibungsmöglichkeiten werden berücksichtigt. Denn sie beeinflussen die Bemessungsgrundlage und damit die Steuerlast insgesamt.

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/243968363>